

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode
Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

Berlin, den 07.03.2005

Tel.: 30332 (Sitzungssaal)

Fax: 36332 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!

Die 66. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union findet statt am:

Mittwoch, dem 16.03.2005, 10:00 Uhr
Sitzungsort: Europasaal (PLH Saal 4.900)

Die Anhörung ist öffentlich!

**Wegen der geringen Platzkapazitäten für Besucher
ist eine telefonische Anmeldung im Ausschussesekretariat
(Tel.: 030/227-32505) unbedingt erforderlich!**

T a g e s o r d n u n g

Anhörung zu:

- a) Gesetzentwurf der Bundesregierung
Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Oktober 2004 über eine Verfassung für Europa

BT-Drucksache 15/4900

Unterrichtung durch die Bundesregierung
Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 29. Oktober 2004 über eine Verfassung für Europa
-15/4900-
Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

BT-Drucksache 15/4939

- b) Gesetzentwurf der Abgeordneten Michael Roth (Heringen), Günter Gloser, Dr. Angelica Schwall-Düren, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Rainer Steenblock, Volker Beck (Köln), Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Entwurf eines Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union

BT-Drucksache 15/4925

- c) Gesetzentwurf der Abgeordneten Peter Hintze, Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Gerd Müller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
Entwurf eines Gesetzes zur Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union

BT-Drucksache 15/4716

- d) Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stärkung der Rolle des Deutschen Bundestages bei der Begleitung, Mitgestaltung und Kontrolle europäischer Gesetzgebung

BT-Drucksache 15/4936

- e) Antrag der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Claudia Winterstein, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
Für mehr Mitsprache des Deutschen Bundestages bei der Rechtsetzung der Europäischen Union nach In-Kraft-Treten des Verfassungsvertrages

BT-Drucksache 15/4937

Themenbereiche:

- I. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa
Kurzbewertung anhand der Kriterien Handlungsfähigkeit, Demokratie, Transparenz -
Rechtliche Folgen der Aufnahme der EU-Charta der Grundrechte in den Vertrag über eine Verfassung für Europa
- II. Neue, sich aus dem Vertrag über eine Verfassung für Europa und die Protokolle unmittelbar ergebende Mitwirkungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente
1. Subsidiaritätsrüge/Subsidiaritätsklage
2. Brückenklausel - Art. IV 444
- III. Über die unmittelbaren, im Vertrag über eine Verfassung für Europa verankerten, neuen Mitwirkungsmöglichkeiten für nationale Parlamente ggf. hinausgehenden Mitwirkungsnotwendigkeiten
- IV. Mitwirkung des Bundestages bei der innerstaatlichen Willensbildung des Bundes in Angelegenheiten der Europäischen Union

Sachverständige:

- a) Prof. Dr. Dr. hc. Peter-Christian Müller-Graff
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, Europarecht und Rechtsvergleichung, Universität Heidelberg

- b) Prof. Dr. Ingolf Pernice (angefragt)
Lehrstuhl für Öffentliches, Völker- und Europarecht, Geschäftsführender Direktor des Walter Hallstein-Institutes für Europäisches Verfassungsrecht der Humboldt-Universität zu Berlin (WHI)

- c) Prof. Dr. Ulrich K. Preuß
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

- d) Thomas Fischer
Projektmanager der Bertelsmann-Stiftung

- e) Dr. rer. soc. Andreas Maurer
Stiftung Wissenschaft und Politik
Leiter der Forschungsgruppe EU-Integration

- f) NN

Matthias Wissmann, MdB

Vorsitzender